

Antrag

der Abgeordneten Rainer Steenblock, Omid Nouripour, Winfried Nachtwei, Marieluise Beck (Bremen), Volker Beck (Köln), Alexander Bonde, Dr. Uschi Eid, Thilo Hoppe, Ute Koczy, Kerstin Müller (Köln), Claudia Roth (Augsburg), Manuel Sarrazin, Jürgen Trittin und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Die Westeuropäische Union als überholtes Konstrukt auflösen

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag setzt seine Mitgliedschaft in der Parlamentarischen Versammlung der Westeuropäischen Union (WEU) aus. Er fordert die Bundesregierung auf, die Gelegenheit des deutschen Vorsitzes der WEU in der ersten Jahreshälfte 2009 zu nutzen, sich für eine Auflösung der WEU einzusetzen.

Berlin, den 28. Januar 2009

Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion

Begründung

Die WEU wurde 1954 aufgrund des europäischen Ost-West-Gegensatzes mit dem Ziel gegründet, die Sicherheit der Partner durch automatischen Beistand zu erhöhen und die Westintegration der Bundesrepublik Deutschland zu gewährleisten. Als sicherheitspolitisches Konsultationsforum sollte die WEU als Interessengemeinschaft einen „europäischen Pfeiler der NATO“ bilden.

Die NATO übernahm bereits kurz nach der Gründung der WEU einen Großteil der vormals für diese vorgesehenen Aufgaben. Zunehmend stand den WEU-Mitgliedern zudem die Europäische Gemeinschaft als Kommunikationsforum mit größeren politischen Spielräumen zur Verfügung.

Mit dem Ende der Ost-West-Konfrontation und der erfolgreichen und fortschreitenden europäischen Integration, nach 1989 auch über die bisherigen Blockgrenzen und den westeuropäischen Raum hinaus, und spätestens seit dem Vertrag von Nizza und der darin geregelten Überführung der vormals formal durch die WEU wahrgenommenen Aufgaben in die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) und die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der EU ist die WEU als Beistandsbündnis historisch überholt und politisch obsolet. Das Entscheidungsgremium der WEU, der Ministerrat, hat folglich seit seinem letzten Treffen im November 2000 in Marseille nicht mehr getagt. Nach den Erweiterungen der EU vertritt die WEU als Bündnis lediglich zehn von 27 EU-Mitgliedsländern. Damit spiegelt sie die politische Realität einer erweiterten Europäischen Union nicht wider.

Im Dezember 2008 entschieden das spanische Abgeordnetenhaus und der Senat die Teilnahme an der Parlamentarischen Versammlung der Westeuropäischen Union und all ihren Organen auszusetzen. Als maßgebliche Kriterien für die Entscheidung wurden ein effizienter Einsatz von öffentlichen Mitteln und Maßnahmen zur Rationalisierung der internationalen Aktivitäten des Parlaments genannt. Die Entscheidung, so die Präsidenten des spanischen Abgeordnetenhauses und des Senats, stehe am Ende von Überlegungen, die von Kriterien der Effizienz und der Kostenersparnis getragen werden.